

Posener Zeitung.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Inserate
(1/4 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 15. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigt ge-
ruht: Dem Stadthalter und Rathsherrn Adamowsky zu Kalibor und dem
Haupt-Zollamts-Assistenten Bellinghausen zu Wachen den Rother Adler-
Orden vierter Klasse, so wie dem Kirchvater bei der evangelischen Gemeinde zu
Gobels, Regierungsbekleidungs-Bezirk, Auszügler Johann Greulich, das
Allgemeine Ehrenkreuz zu verleihen; ferner dem unter Vorbehalt der Rechte
eines preussischen Untertanen in Kaiserlich russischen Staatsdienst getretenen
Hofrath und Ober-Stabs-Arzt Dr. med. Richard Gebhard aus Branden-
burg, zur Zeit in Warschau, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Kaisers
von Rußland Majestät ihm verliehenen St. Stanislaus-Ordens zweiter Klasse
mit Schwertern zu ertheilen.

Das 9. Stück der Gesefsammlung, welches heute ausgegeben wird, ent-
hält unter Nr. 5329 den Allerhöchsten Erlaß vom 21. Januar 1861, betreffend
die Verleihung des Expropriationsrechts an den Kreis Saarbürg für die zum
Bau einer massiven Brücke über den Saarfluß von der Stadt Saarbürg nach
dem gegenüber liegenden Bahnhofe der Eriex-Saarbrücker Eisenbahn zu
Bauzwecken erforderlichen Grundstücke, imgleichen die Verleihung des Rechts zur
Erhebung eines Brückengeldes; unter Nr. 5330 das Privilegium wegen Aus-
fertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligations des Saarbürger Kreis-
es im Betrage von 75,000 Thalern. Vom 21. Januar 1861; unter Nr. 5331
den Allerhöchsten Erlaß vom 11. Februar 1861, betreffend die Verleihung der
Fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee im
Regierungsbezirk Frankfurt von Forst im Kreise Sorau über Forsten und Kalm
nach Sommerfeld im Kreise Krossen, resp. nach dem dortigen Bahnhofs der
Nieder-Schlesisch-Märkischen Eisenbahn; unter Nr. 5332 die Bestätigungs-Ur-
kunde, betreffend das Statut der unter der Benennung „Bergbau- und Hüt-
ten-Aktien-Gesellschaft zu Stolberg am Harz“ errichteten und dafelbst domicilir-
ten Aktien-Gesellschaft. Vom 11. Februar 1861; unter Nr. 5333 den Aller-
höchsten Erlaß vom 19. Februar 1861, betreffend die Vertretung der Drißch-
schen Rheinbach im Kreise Rheinbach, Honnef im Siegfriede und Hilden im Kreise
Düsseldorf auf Provinziallandtagen im Stande der Städte; und unter Nr. 5334
die Bekanntmachung der Ministerial-Erklärung vom 18. Februar 1861, betref-
fend die Erweiterung der Artikel 4 und 16 der Uebereinkunft zwischen Preußen
und Schwarzburg-Rudolstadt wegen der gegenseitigen Gerichtsbarkeits-Verhält-
nisse, vom 12. August 23. September 1840. Vom 26. Februar 1861.
Berlin, den 14. März 1861.
Debitkomptoir der Gesefsammlung.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Donnerstag 14. März, Abends. Die „Deut-
sche Zeitung“ enthält ein Telegramm aus Paris, nach
welchem Frankreich den Vorschlag angenommen, die Oku-
pation Syriens auf drei Monate zu verlängern.

Paris, Donnerstag 14. März. Die Bank von Frank-
reich hat den Diskont auf 6 Prozent herabgesetzt.

Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Konstanti-
nopol vom 12. d. verweigert die Pforte, ihre inneren Ange-
legenheiten zum Gegenstand der Unterhandlung in der Kon-
ferenz machen zu lassen.

Von der polnischen Grenze, Donnerstag 14.
März, Abends. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus
Warschau brachte Baron Mehendorff gestern die Nachricht da-
hin, daß die Adresse vom Kaiser nicht günstig aufgenommen
worden sei. Die gemachten Konzessionen sollen in Folgendem
bestehen: Wiederherstellung des Staatsraths, vollständige
Reform des öffentlichen Erziehungswesens, Wahl der Muni-
cipalitäten aus den Bürgern. Der Fürst Statthalter wird
alle polnischen Notabeln berufen, um alle Arten von Refor-
men in allen Zweigen der Verwaltung vorzuschlagen, zu
prüfen und demnächst festzustellen. (Nach der gestrigen Peters-
burger Depesche dürften alle derartigen Nachrichten jetzt noch mit
Vorsicht aufzunehmen sein. D. Red.)
(Eingeg. 15. März 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 14. März. [Bom Hofe; Tages-
nachrichten.] Heute war der König in Folge einer leichten Er-
kältung etwas unbehaglich und verließ nicht das Palais, dagegen
nahm er die gewöhnlichen Vorträge entgegen und arbeitete auch
mit dem Kriegsminister v. Roon und den Generaladjutanten.
Mittags empfing der König die beiden Gesandten Freiherrn
v. Werther und v. Uedom; letzterer war erst am Morgen von
Frankfurt a. M. hier eingetroffen und hatte gleich nach seiner An-
kunft eine längere Konferenz mit dem Minister v. Schleinitz, wel-
cher darauf im Laufe des Vormittags die Gesandten Amerika's,
Neapels und Oestreichs empfing. Später machten die Herren
v. Werther und v. Uedom auch dem Kronprinzen und dem Fürsten
von Hohenzollern ihre Aufwartung. Um 5 Uhr Nachmittags be-
gaben sich die Königin und die Prinzessin Karl nach der Singaka-
demie und hörten dort den Vortrag, welchen der Hofrath Schöll
aus Weimar zum Besten des Göthedenkmals über: „Göthe als
Staatsmann“ hielt. Abends war im königlichen Palais Theater-
gesellschaft, zu der auch die Gesandten v. Werther und v. Uedom re-
geladen waren. Die Reise unserer Majestäten zur Huldigung nach
Königsberg soll nun doch vor sich gehen. Nach den neuesten Dis-
positionen wird die Reise Anfangs Juni angetreten und zum Auf-
enthalt in Königsberg und zur Theilnahme an den Festlichkeiten ist
etwa eine Woche bestimmt. Nach der Rückkehr von Königsberg
beginnt bei uns die Huldigung. Die Reise nach England scheint
seitens der Königin aufgegeben zu sein, denn Mitte Juni will sie
schon nach Koblenz und dann von dort nach Baden-Baden zur Kur
gehen. Für die Geburtstagsfeier des Königs am 22. d. Mts. sind
schon mehrere Festdiners angemeldet. Solche finden auch in allen

Ministerhotels statt; der Minister v. Schleinitz hat die sämmtlichen
Gesandten und die Käthe 1. Klasse seines Ressorts eingeladen und er-
scheinen dieselben in gala. Auch die hiesigen Logen, die städti-
schen Behörden u. veranstalteten Diners. Zur Beglückwünschung
des Königs werden auch fürstliche Gäste an den Hof kommen.

Schon vor längerer Zeit schrieb ich Ihnen von der Bildung
eines Marineministeriums. Dasselbe soll in Kurzem ins Leben
treten und unter die verantwortliche Leitung des Kriegsministers
gestellt werden. An der Spitze des Ministeriums steht ein Präsident
und wird als solcher bereits der Generalmajor Baron v. d. Goltz
genannt, welcher seitler Direktor des allgemeinen Kriegsdeparte-
ments ist. — Heute erzählte man sich viel in der Stadt von der
Verfassung eines Polizeileutnants und eines Wachtmeisters, de-
nen die Montirungskammer der Schutzmännchaft anvertraut war.
Man soll hier mancherlei Unterschleife entdeckt haben. — Die Kom-
mission, welche vor längerer Zeit zur Prüfung der finanziellen und
technischen Verhältnisse des Viktoriatheaters niedergesetzt war, hat
ihre Aufgabe jetzt bis auf den Bericht beendigt. Den finanziellen
Theil bearbeitet gegenwärtig der Rechnungsrath Lesse und den tech-
nischen der Hofrath Schneider. Sind beide mit ihrer Arbeit fer-
tig, was in nächster Woche erwartet wird, so tritt die Kommission
nochmals zu einer Schlußberatung zusammen und geht darauf der
Bericht an den Direktor im Hausministerium, v. Dörfelder, ab,
welcher alsdann dem Könige über die Sachlage Vortrag hält. —
Es geht wieder das Gerücht, daß Hr. v. Dachsöden, seitler in Neu-
strelitz, berufen sei, die Leitung uneres Hoftheaters zu übernehmen.
Hr. v. Dachsöden war früher Intendant des großherzoglichen Thea-
ters und soll unter seiner Leitung Alles recht gut gegangen sein.
Was ihm aber in Neustrelitz möglich war, dürfte hier vielleicht miß-
lingen. Wir brauchen hier einen Mann, der mit Energie auftritt,
soll sich nicht bald Alles in Wohlgefallen auflösen. Herr v. Dach-
söden ist als eine sehr lebenswürdige Persönlichkeit allgemein be-
kannt, man weiß aber auch, daß er gern gegen Jedermann gefällig
ist. Daß er wiederholt im königlichen Palais gewesen ist und sich
in Berlin niederlassen will, berechtigt noch nicht zu dem Schlusse,
in ihm unseren neuen General-Intendanten zu sehen.

— [Revision des preussischen Prozeßrechts.] Die
„Pr. Z.“ bringt über die bereits erwähnte Einsetzung einer Kom-
mission zur Revision des preussischen Prozeßrechts folgenden halb-
amtlichen Artikel:

Die Reform uneres Zivilprozeßes ist seit langer Zeit ein berechtigter
Wunsch des Landes. Denn die vor beinahe 70 Jahren geschaffene Allgemeine
Gerichtsordnung, ihrer Zeit ein tüchtiges Werk, genügt nicht mehr den Anfor-
derungen der Gegenwart, und ist überdies durch eine so große Anzahl ergän-
zender und abändernder Novellen umgestaltet und durchlöchert worden, daß die
Masse des vorhandenen Prozeßgesetzmateriels kaum noch zu übersehen, und es
selbst für den Juristen, geschweige denn für den Recht jugenden Laien, eine
schwierige Aufgabe ist: zwischen dem, was antiquirt, und dem, was bestehen-
den Prozeßrechts ist, eine richtige Entscheidung zu treffen. Dazu kommt, daß
neben dem Prozeßrechte in den alten Provinzen die französische Zivilprozeß-
ordnung in den Rheinlanden, und der Gemeine deutsche Zivilprozeß, wenngleich
durch die Verordnung vom 21. Juli 1849 dem alltändlichen genähert, in den
Gebieten des Gemeinen Rechtes Geltung hat, so daß wir ein dreifaches Prozeß-
recht in Preußen besitzen. Schon diese Vielgestaltigkeit desselben weist der Ge-
setzgebung die Aufgabe zu, auf eine Reform desselben zu einem einheitlichen, dem
Standpunkte der heutigen Wissenschaft und Praxis entsprechenden Gesetzbuche
Bedacht zu nehmen. Aehnlich wie bei uns, liegt die Sache in manchen anderen
deutschen Staaten, nur daß dort neben dem Bedürfnisse nach einer Reform des
Zivilprozeßes noch das einer Reform des Strafprozeßes obwalte. Diese den
meisten deutschen Staaten gemeinsamen Bedürfnisse haben vielfach den
Wunsch nach einer gemeinsamen deutschen Gesetzgebung auf diesen Gebieten wach
gerufen, und es ist diesem in dem Streben nach nationaler Rechtsvereinheit über-
haupt wurzelnden Gedanken vom ersten deutschen Juristentage ein bedeutsamer
Ausdruck gegeben worden. Es steht nicht zu bezweifeln, daß die deutschen Re-
gierungen jenen Wunsch mit Preußen theilen, und die mit einigen derselben
darüber vertraulich gepflogenen Verhandlungen berechtigen zu der Hoffnung:
daß das Ziel einer nationalen Rechtsvereinheit auf den Gebieten des Zivil- und
Strafprozeßes ein keinesweges unerreichbares sein möchte. Um dieses Ziel zur
Erreichung desselben rüstig mitzuwirken, hat Se. Majestät der König auf den
Bericht des Staatsministeriums die Einsetzung einer Kommission, welcher in
erster Linie die Revision des preussischen Prozeßrechts überwiesen worden ist,
anzuordnen, und zum Vorsitzenden derselben den zweiten Präsidenten des Ober-
tribunals Dr. Bornemann zu ernennen geruht. Der Allerhöchste Erlaß, der
dieserhalb an das Staatsministerium ergangen ist, lautet: „Einverstanden mit
den in dem Berichte des Staatsministeriums vom 14. Februar v. J. aufgestell-
ten Ansichten genehmige Ich, daß zur Revision uneres Zivil- und Straf-
prozeßrechts, und, wenn möglich, zur Herbeiführung einer gemeinsamen deut-
schen Gesetzgebung auf diesen Rechtsgebieten, eine von dem Justizminister zu
berufende Kommission, zu deren Vorsitzenden Ich den zweiten Präsidenten des
Obertribunals Dr. Bornemann hiermit ernenne, niedergesetzt werde. Das
Staatsministerium hat hiernach das Weitere zu veranlassen. Berlin, den
25. Februar 1861. (gez.) Wilhelm. (gegengez.) Fürst zu Hohenzollern-
Sigmaringen, v. Auerswald, v. d. Heydt, Freih. v. Schleinitz, v. Patow,
Graf Pöhlner, v. Bethmann-Hollweg, Graf Schwerin, v. Roon, v. Bernuth.“

— [Die nächste Sitzung des Landes-Oekonomie-
Kollegiums] beginnt am 18. d. M. Außer der Fortsetzung
einiger in der Novemberversammlung begonnener, aber nicht er-
ledigter Beratungen, wie z. B. Mittheilung der Kommission zur
Zusammenstellung der Beschwerden des bäuerlichen Realkredits,
und Abhilfsvorschlägen über ihre Arbeiten, werden 1) zwei Vor-
lagen des Ministers in Betreff einer von Karl Venders konstruirten
Dreschmaschine und über die der Landwirtschaft schädlichen Insek-
ten; 2) eine innere Angelegenheit des Kollegiums; 3) neue Propo-
sitionen der Mitglieder und endlich Mittheilungen verschiedenen
Inhalts Gegenstände der diesmaligen Berathung bilden.

— [Die Schulregulative.] Das Märzheft des Zentral-
blattes für die gesammte Unterrichtsverwaltung enthält einen am
16. v. M. ergangenen Erlaß des Unterrichtsministers, der mittheilt,
daß auf Grund eingegangener Berichte der Provinzial-Schulkollegien
und Regierungen, eine besondere Denkschrift über weitere
Entwicklung und Ausbildung der drei Regulative, vom 1., 2. und
3. Oktober 1854, ausgearbeitet worden. Diese ergebe, daß und
warum es mit Aufgabe der religiösen Jugendzuehung durch die

Elementarschule nicht vereinbar ist, den für letztere vorgeschriebenen
Lernstoff zu verkürzen; wie die Gesamtaufgabe der Schule durch
Betreibung dieses Stoffs nicht behindert, vielmehr, dessen richtige
und geistige Behandlung vorausgesetzt, erheblich gefördert wird
und wie die unter allen Umständen nachhaltig zu pflegende Ge-
dächtnißkraft der Kinder hier zugleich einen würdigen, lebensvollen
und dem geistigen Bedürfniß des Volks entsprechenden Inhalt fin-
det. Aus der Denkschrift ist aber auch ersichtlich, nach welchen
Seiten hin die Bestimmungen des Regulativs vom 3. Oktober
1854 mangelhaft und irrtümlich ausgeführt worden sind.“

— [Die Dirschauer Brücke.] Dem „D. D.“ zufolge
ist von der in Dirschau gemessenen Kommission höherer Baubeam-
ten das Gutachten über die Brücke dahin abgegeben worden, daß
der zum Bau verwendete Cement, wie dieses der Maurermeister
Krüger schon vor dem Bau bei dem Probiren des Cements erklärt
haben soll, aus 2/3 Mergel und 1/3 Kalktheilen besteht, die Kalk-
steine sich aber nicht vollständig bei der Verarbeitung auflösen,
und so erst nach Jahren, durch die Temperatur der Witterung ver-
anlaßt, sich ausdehnen und auf diese Weise sogar die starken
Granitblöcke auseinandersetzen. Wie wir hören, ist angeordnet
worden, die Fugen der Brückenpfeiler auf 6 Zoll tief auszumauern
und dieselben mit englischem Portlandcement zu verstreichen;
hierzu ist ein Kostenanschlag von 20,000 Thlr. gemacht. Was den
Riß in dem Thorwege, so wie die Risse in den Seitenmauern
anbelangt, so sind diese in Bezug auf die Brücke von keiner Be-
deutung, indem dieselben auf einem besonderen Fundamente, wel-
ches in keiner Verbindung mit denselben steht, aufgeführt worden
sind und dieses Fundament sich nur gesenkt hat. Von einer Sen-
kung der Pfeiler ist sonach keine Rede, und die neuesten Ver-
messungen haben ergeben, daß die Tragfähigkeit der Brücke sich
in keiner Weise geändert hat.

Aachen, 12. März. [Unglücksfall.] Am 9. d. hat sich
in der Nähe einer Kohlengrube des Wurmreviers das schreckliche
Unglück ereignet, daß 18 Personen (2 ältere Männer, 1 Frau mit
erwachsenen Kindern, 1 alte Wittwe, 4 Frauen, welche zusammen
10 Kinder hinterlassen, 3 Mädchen zwischen 18 und 25 Jahren
und 7 Kinder von 10 bis 14 Jahren), welche beschäftigt waren,
aus dem zur Füllung einer Erdsentung hingefahrenen Kohlenschutt
die größeren Kohlen auszulesen, durch einen plötzlich entstandenen
Erdssturz in die Tiefe versanken und verschüttet wurden. Ein
Mädchen war im Stande, sich zu retten, doch die Senkung er-
folgte so plötzlich, daß nicht einmal ein Schrei der Verunglückten
erfolgte. Man hat sogleich begonnen, in der Nähe des Bruchs
einen Schacht zu graben, um zu den Verunglückten zu gelangen,
doch es ist nicht die mindeste Hoffnung vorhanden, einen derselben
zu retten. (Ulf. Z.)

Koblenz, 13. März. [Nordlicht.] Am 9. d. Abends
zwischen 9 und 10 Uhr bemerkte man hier ein prachtvolles Nord-
licht. Die Helle am Himmel war so bedeutend, daß die Feuer-
wehr alarmirt wurde und ausrückte, weil man glaubte, es sei in
der unmittelbaren Nähe Brand ausgebrochen. (Auch hier in
Posen ist am demselben Abend ein Nordlicht beobachtet worden.
D. Red.)

Stettin, 14. März. [Eröffnung der Schiffahrt.]
Nach einer Mittheilung des königl. Lootsenkommandeurs an die
Vorsteher der hiesigen Kaufmannschaft sind die Mündungen der
Oder, die Peene, Swine und Divenow vom Eise frei und die
Schiffahrt ist als eröffnet zu betrachten.

Weißensels, 13. März. [Berurtheilung.] Die
„Thür. Ztg.“ meldet: Das Erkenntniß gegen die betreffenden
Offiziere wegen des im vorigen Herbst stattgehabten Konflikts mit
hiesigen Einwohnern soll auf mehrwöchentlichen Festungsarrest lauten.

Oestreich. Wien, 13. März. [Bau eines Parla-
mentshauses.] Wie ernst es der Regierung mit der Versamm-
lung des Reichsparlamentes ist, entnimmt man aus dem raschen
Entschluß, da kein geeignetes Lokal innerhalb der Stadt ausfindig
gemacht werden konnte, ein provisorisches Gebäude aufzuführen zu
lassen. Vor dem schönen Schottenthore wird auf dem Glacisgrund
ein aus Mauerwerk bestehendes Gebäude aufgeführt. Nach dem
Kontrakte muß am 25. April das Haus vollendet und eingerichtet
sein; das Gebäude wird 51 Klafter lang, 25 Klafter in seiner
größten Tiefe. Der Sitzungssaal wird 16 Klafter lang und 9
Klafter breit, und alle Nebenlokalitäten werden auf das Komfor-
table hergestellt: der Zuhörerraum ist splendid bemessen und die
Journalisten- und Stenographenloge äußerst splendid bedacht.
Dem in der größten Eile angefertigten Plane schwebte ein Pariser
Muster vor, besonders was die Kuppelbeleuchtung des Sitzungs-
saales und die Zufahrt belangt. Der provisorische Bau beschäftigt
bereits 300 bis 400 Arbeiter auf dem Plage selbst, und in den
Werkstätten der Zimmerleute ebensoviel; zur Ornamentik werden
Terrakottaprodukte benützt. Die Tapezierer haben Alles vor-
zubereiten, und es wird Tag und Nacht fortgearbeitet werden,
damit präzise am 29. April beide Häuser des Reichsrathes eröffnet
werden. (N. Z.)

— [Abschaffung der neuen Währung in Ungarn.]
Nachdem die Staatsmänner jenseits der Leitha uns bereits in der
Abschaffung der Wechselordnung und in der Wiederbelebung ihrer
halb barbarischen alten Gesetzgebung die prächtigsten Beweise ihrer
Mündigkeit gegeben haben, beginnen sie jetzt auch die Währung zu
repräsentiren. Sie haben eine „ungarische Währung“ entdekt, von
der Europa bisher Nichts gewußt hat. Da nämlich bis 1848,
welches Jahr für die Ungarn das Grenzjahr für alle denkbaren
Einrichtungen und Institutionen ist, von der Zentefimaleintheilung

des Guldens noch nichts bekannt war, die österreichische Währung mit hin erst eine Erfindung der Reaktion ist, die freilich von der ganzen Handelswelt als ein dankenswerther Fortschritt begrüßt wurde, so ist sie wegdekretirt und der Konventionsfuß als der nationale proklamirt worden. Hätte man es bei diesen Dingen nur mit Klarheiten zu thun, nun so ließe sich mit Sachen darüber hinweggehen; sie sind aber wenigstens eben so schädlich als lächerlich und aus diesem Grunde nicht zu belachen, sondern zu beklagen. Der durch unsere Valutenverhältnisse ohnehin so schwierige Verkehr mit dem Auslande wird durch die Einmischung derartiger Elemente aufs Heilloste verwirrt und fast zur Unmöglichkeit. (BZ.)

— [Der Fürst von Serbien in Semlin.] Der Fürst Michael von Serbien hat sich neulich in Begleitung seiner Gemahlin und zweier Minister in voller Gala nach Semlin begeben und dem dortigen österreichischen Kommandanten General von Philippovich einen offiziellen Besuch abgestattet. Dieser außergewöhnliche Akt der Kourtoisie, bemerkt die „Destr. Ztg.“, hat nicht verfehlt, unter dem diplomatischen Korps in Belgrad Aufsehen zu erregen, da der regierende Fürst, was übrigens auch sonst früher üblich war, bisher noch keinen der dort residirenden fremden Konsuln mit einem Besuche beehrt hat. Die Demonstration des Fürsten Michael zu Gunsten des österreichischen Kommandanten in Semlin scheint in der That geeignet, eine gewisse politische Bedeutung zu beanspruchen, wenn man erfährt, daß der neue türkische Festungskommandant Kurshid Pascha, wiewohl dieser dem Fürsten Michael schon vor einiger Zeit seinen Antrittsbesuch abgestattet hat, bisher vom Fürsten keinen Gegenbesuch erhalten hatte. Andererseits wird uns von gut unterrichteter Seite versichert, daß ungeachtet der in letzter Zeit öfter erwähnten Differenzen zwischen der türkischen und serbischen Regierung, der Fürst Michael selbst das Bedürfnis erkennt, sowohl mit seinem Souverän als auch mit dem nachbarlichen Oesterreich im guten Einvernehmen zu stehen.

Sachsen. Leipzig, 13. März. [Versagte Bestätigung.] Die königliche Kreisdirektion hat die Wahl des Stadtverordneten Häckel jun. zum Stadtrath nicht bestätigt; Gründe sind diesmal nicht angegeben. Die seit einigen Monaten theils vom Stadtverordnetenkollegium, theils vom Stadtrath selbst erwählten Stadträthe, denen die Bestätigung der Regierungsbehörde versagt worden, sind nunmehr: Stadtverordneter Otto Wigand, Buchhändler; Gustav Mayer, Buchhändler; Dr. Stephan, Advokat; Stadtverordneter Häckel, Klempnermeister.

Ritberg, 13. März. [Amtsentsetzung.] Der „D. A. Z.“ zufolge hat der Kultusminister den hiesigen Diakon, der sich geweigert hatte, eine Geschiedene wieder zu trauen, von seinem Amte entlassen.

Württemberg. Stuttgart, 12. März. [Kommissionsbericht über das Konkordat.] In einem nachträglichen Bericht der staatsrechtlichen Kommission über die mit dem päpstlichen Stuhle abgeschlossene Konvention stellt die Mehrheit zu den neuesten Regierungsvorlagen den Antrag: Die Kammer wolle gegen die f. Staatsregierung die Erklärung aussprechen, daß sie in die Verathung des vorgelegten Gesetzentwurfs, betreffend die nähere Regulirung einiger Verhältnisse der katholischen Kirche zur Staatsgewalt, nur unter der Bedingung einzutreten vermöge, wenn dieses Gesetz nicht in Ausführung eines Vertrages, sondern wie andere Gesetze unter dem Vorbehalte der Aenderung durch die künftige Gesetzgebung erlassen werde, und wenn zugleich die königliche Regierung die von ihr in Ausführung der Konvention mit dem päpstlichen Stuhle im Wege der Verordnung erlassenen und noch zu erlassenden Verfügungen als solche Maßnahmen anerkenne, welche der späteren Aenderung im Verordnungs- oder Gesetzgebungswege nicht entzogen seien. Die Minderheit dagegen stellt den Antrag: Die Kammer der Abgeordneten wolle beschließen, daß sie die mit dem päpstlichen Stuhle zur Regelung der Angelegenheiten der katholischen Kirche in Württemberg am 8. April 1857 abgeschlossene und zur allgemeinen Kenntniß gebrachte Vereinbarung als unverbindlich betrachte, demgemäß gegen deren Vollzug Verwahrung einlege und an die königliche Staatsregierung die ehrsüchtige Bitte stelle, in dieser Erwägung die Verordnung vom 21. Dezember 1857, betreffend die Bekanntmachung jener auf die Verhältnisse der katholischen Kirche bezüglichen Vereinbarung, außer Wirkung zu setzen und diese Verhältnisse im Wege der Landesgesetzgebung zu ordnen.

— [Die Debatte über das Konkordat] ist heute bei ungeheurem Menschenandrang in der Zweiten Kammer eröffnet. Probst vertheidigt den Majoritätsantrag und bittet um Diskussion über die Regierungsvorlage nicht als bindenden Vertrag, sondern erst nachdem die Regierung die Erklärung abgegeben, daß sie solch bindenden Charakter des Vertrags nicht anerkenne, vielmehr die daraus hervorgehenden Gesetze und Verordnungen keinen anderen staatsrechtlichen Charakter haben, als andere Gesetze und Verordnungen auch. — Der Kultusdepartementschef v. Mümelin giebt eine solche Erklärung ab und schließt sich dem Majoritätsantrag an, damit der lange Streit sein Ende finde. Bei Abgang der Post spricht noch Sarwey, der Berichterstatter der Minorität, welcher auch den Inhalt der Konvention angreift und für gefährlich erklärt, und daher den Minoritätsantrag empfiehlt.

Baden. Kehl, 12. März. [Rheinbrücke.] Die gestern stattgehabte Rheinbrückenprobe ist vollkommen befriedigend ausgefallen. Bei der stärksten Belastung betrug die größte Senkung nur fünf Linien. (Karlsruh. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 12. März. [England und die nordamerikanische Krise.] Wenn der Norden der amerikanischen Union bei seiner schutzöllnerischen Politik beharrt, und wenn es dem Süden mit seinen freihändlerischen Beteuerungen Ernst ist, so wird England, trotz aller Humanitäts-Rücksichten, sich dem Süden zuwenden. Im Kongreß zu Washington ist jüngst eine Tarif-Bill durchgegangen, welche die Einfuhr weit höher belastet, als dies bisher der Fall war. Zur Zeit der letzten Nachrichten fehlte nur noch die Unterschrift des Präsidenten, um ihr Gesetzeskraft zu verleihen. Nun hat England im letzten Jahre für etwa 20,000,000 Pfd. St. Waaren nach den Vereinigten Staaten ausgeführt, und in Birmingham, in Süd-Staffordshire, in Newcastle, in Sheffield und in Wolverhampton macht man saure Gesichter. Ein Heilmittel erblickt die „Times“ im Schmuggelhandel. Sie erinnert an die langen nordamerikanischen Küsten mit ihren zackigen Buchten, so wie

an die sich weit dahinstreckende kanadisch-nordamerikanische Grenze mit ihrem St. Lorenz und ihren Seen und fährt dann fort: „Es ist das eine Gegend, die so recht dazu gemacht zu sein scheint, die übermüthige Thorheit derer zu strafen, welche die Schranke der Prohibition zwischen Nationen aufzurichten suchen, die sich lange der gegenseitigen Wohlthaten des Handelsverkehrs erfreut haben. Der Schmuggler wird, wie er das schon so oft gethan, die Irthümer des Staatsmannes wieder gut machen. Der neue Zustand der Dinge mag Aufschub, Verluste und Ungelegenheiten verursachen; aber der Strom ist zu mächtig, als daß man ihm Halt gebieten könnte, und wenn man ihm das alte Bett verstopft, lenkt man ihn sofort gewaltsam in ein neues.“

— [Tagesnotizen.] Die österreichische Gesandtschaft hat, wie verlautet, auf die Forderung von Day and Sons hin, als Garantie für die etwa zu zahlenden Gerichtskosten 100 Pfd. St. beim Vizekanzleigerichte deponirt. — General Turr ist vor einigen Tagen von hier nach Paris zurückgereist. General Klapka wird im Laufe dieser Woche in London erwartet. — Lord Palmerston hat die ihm angebotene einträgliche Ehrenstelle eines Lord Warden der Cinque Ports abgelehnt, da sein hohes Alter und anderweitige Geschäfte ihm die Uebernahme jener Verpflichtungen verböten. Nebenbei bemerkt, sind diese Cinque Ports nicht alle wirkliche Häfen. So ist z. B. in Hastings von den einstigen Hafenanlagen keine Spur mehr vorhanden. — Am Sonnabend starb hier im Alter von 77 Jahren General Sir Archibald MacLaine. Derselbe hatte in Ostindien und im Halbinselkriege mit Auszeichnung gedient. — England hat seit 1801 bis Ende 1846, nach genauen statistischen Berechnungen, an geistigen Getränken für 1,500,000,000 Pfd. St. vertrunken; an Spirituosen für 800,000,000, an Wein für 176,455,000, und an Bier für 594,904,000 Pfd. St. Diese Summe beträgt zwei Mal die Nationalschuld. Der Staat bezog aus den Getränken in 45 Jahren an Steuern nicht weniger als 644,968,553 Pfd. St. oder fünf Sechstel der Nationalschuld.

— [Parlament.] Im Subsidien-Komitee des Unterhauses kam gestern das Flotten-Budget zur Sprache. Lord C. Paget sagte, das Marine-Budget für das Jahr 1861 sei auf 12,029,175 Pfd. St. angelegt, während es im vorigen Jahre 12,836,100 Pfd. St. betragen habe. Die zu vortretende Zahl der Mannschaften, Schiffsjungen und Marine-Soldaten mit eingeschlossen, betrage 78,200, und als ersten Antrag stelle er den auf Bewilligung dieser Mannschaften. Barter meinte, ein Vergleich zwischen der Stärke der britischen und der französischen Flotte lasse eine Ermäßigung des englischen Flotten-Budgets als thöulich und rathsam erscheinen. Dem Budget, wie es von der Regierung aufgestellt worden sei, liege eine übertriebene Vorstellung von der Stärke Frankreichs zur See und von den französischen Rüstungen zu Grunde. In ähnlicher Weise sprach sich Einlay aus, während Bright viel weiter ging und behauptete, die hinsichtlich der französischen Rüstungen herrschenden Befürchtungen seien die Ausgeburt der tollsten und verbrecherlichsten Eingen. Der Regierung müsse er einen Vorwurf daraus machen, daß sie derartige Befürchtungen nicht versuche. Sie hätte das Flotten-Budget recht gut um 3—4 Mill. Pfd. St. ermäßigen können. Lord Palmerston entgegnete, unmöglich könne man sein Auge der Wahrnehmung verschließen, daß das Streben Frankreichs dahin gegangen sei (er machte Frankreich keineswegs einen Vorwurf daraus), sich eine eben so starke oder eine stärkere Kriegesflotte zu schaffen, als England sie besitze. Wenn England daran gelegen sei, in Frieden und Freundschaft mit Frankreich zu leben, so müsse es dafür Sorge tragen, sich in einer Stellung zu behaupten, die so beschaffen sei, daß es nicht durch Schwäche eine Verlockung zum Angriff biete. Namentlich in Bezug auf die eisernen Schiffe sei noch viel zu thun übrig. Es lasse sich nicht füglich behaupten, daß das Flotten-Budget, so groß es auch sein möge, höher sei, als es die Sicherheit und die Interessen des Landes erheischen. Die erwähnte Position, so wie zwei andere, die sich auf Sold und Proviant beziehen, wurden hierauf bewilligt.

— [Opfer der Krinoline.] Aus London wird geschrieben, daß dort in den letzten acht Wochen zwölf Mädchen in Folge ihrer Krinolinen verbrannt sind, indem ihre Kleider wegen des großen Umfangs am Ramin Feuer fingen. Ferner entzündete sich bei einer fashionablen Abendgesellschaft im Bestand das Kleid einer Dame am Ramin und im Nu standen acht Damen in Flammen, da die Kleider einander berührten; zwei dieser Opfer der Krinoline aus der vornehmsten Welt Londons liegen hoffnungslos darnieder und die übrigen werden auf Lebenszeit entstellt bleiben. Nach den Forschungen eines Arztes sind allein in England seit der Einführung der Krinoline schon ungefähr 180 Mädchen und Frauen durch diese Tracht dem Feuertode überliefert worden!

London, 14. März. [Telegt.] Nach Berichten aus Washington vom 2. d. hat der Kongreß beschlossen, Neu-Mexiko in die Union aufzunehmen, und zwar je nach dem Volkswillen mit oder ohne Sklaverei. Man hielt bei Abgang des Dampfers aus Newyork die Situation für bedenklich.

Frankreich.

□ **Paris,** 12. März. [Die Adressdebatte im gesetzgebenden Körper; die syrische Konferenz; Antwort auf die Zirkularnote Antonelli's; zur polnischen Frage; die Stimmung etc.] Gestern haben die Debatten über den Adressentwurf im gesetzgebenden Körper angefangen. (S. gestr. Ztg.) Die Mehrzahl der Redner war gegen das Projekt, welches die Kommission ausgearbeitet hatte; vorzugsweise zeichnete sich die Rede des Deputirten Kolb-Bernard aus durch die Festigkeit, mit welcher er sich gegen die von der Regierung besagte Politik in der italienischen Frage aussprach. Vor ihm hatte Graf Flavigny das Wort gehabt und sich hauptsächlich gegen das vom Prinzen Napoleon in seiner bekannten Rede auseinandergesetzte „Programm der Revolution“ ausgesprochen. Flavigny verglich diese Reden mit denen, welche Louis Blanc in denselben Räumen über die Gleichheit der Löhne gehalten, und forderte die Regierung auf, eine Erklärung zu geben, ob sie dieser Politik folgen wolle. Gemäßigter war die Rede des Baron David, welcher hauptsächlich die piemontesische Regierung angriff. Im Gegenthat zu diesem Redner vertheidigte der bekannte Bankier Königswarter das französische Souveränement, Victor Emanuel, Cavour und Garibaldi in einem Vortrage, der indessen nur geringen Beifall fand. Der Deputirte Gouin wandte sich gegen das Budget; seine Rede ist nicht ohne Bedeutung, wenngleich anzunehmen ist, daß seine Opposition nicht ganz lauter, sondern vielmehr durch die Regierung selbst veranlaßt ist. Es ist indessen hervorzuheben, daß er die finanzielle Lage des Staates scharf kennzeichnet und offen erklärt: er sehe der Zukunft mit Sorge entgegen, weil er in dem Budget nicht diejenigen Bedingungen erfüllt sähe, welche er für notwendig erachte, um das Gleichgewicht in den Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Wenn aber das Gleichgewicht in dem Budget für 1862 existire, so sei es nicht hervorgerufen dadurch, daß Einnahmen und Ausgaben sich entsprächen, sondern durch außerordentliche Steuererhöhung und die Fortdauer solcher Steuern, die anfänglich nur für einen bestimm-

ten Zeitraum hätten aufgebracht werden sollen; so durch die Erhöhung der Tabaksteuer, die Fortdauer der Kriegsteuer und den Ausfall der für die Amortisation der Staatsschulden bestimmten Summe. „So leistet man die Ausgaben durch neue Steuern, durch Anleihen, durch außerordentliche Kreditmaßregeln. Es ist dies kein gutes Element für die Ausgleichung des Budgets, aber ein Grund zu ernstlichen Besorgnissen“, sagte Gouin in seinem Vortrage; er geht dann näher auf die Schulden des Staates über; er erwartet, daß die schwebende Schuld in diesem Jahre von 750 auf 900 Millionen Franken steigen werde, während in dem Zeitraum von 1813 bis 1860 die eingetragene Schuld von 67 auf 317 Millionen, und in den letzten 12 Jahren allein um das Doppelte gestiegen sei. Am aus dieser bedenklichen Lage zu kommen, gäbe es zwei Mittel; entweder neue Hülfsmittel zu schaffen, oder die Ausgaben zu verringern. Das Erstere sei schwer anwendbar, denn neue Steuern seien immer nur mit Schwierigkeiten einzuführen, man müsse daher mit desto größerer Energie auf die Verminderung der Ausgaben sehen, und zu diesem Behufe sei es durchaus nöthig, daß die früheren Verantwortlichen der Kammer wiedergegeben würden, und es ihr gestattet werde, thätiger als sie es seit 1852 gekonnt, in die Regulirung der Ausgaben einzugreifen. Diese Rede, deren Sprache außerordentlich gemäßigter war, verdient volle Berücksichtigung, denn sie zeigt uns, daß finanzielle Bedenken sich gegen einen Krieg erheben dürften, denen man ihre Bedeutung nicht absprechen darf. Am Schluß der Sitzung sprachen Villault und Baroche gegen die heftigen Ausfälle, welche Kolb-Bernard gegen die Regierung gerichtet habe, und vorzugsweise gegen die von ihm aufgestellte Behauptung, daß die Politik der französischen Regierung keine selbständige sei, sondern von England und Sardinien geleitet werde. Die Verhandlungen über die Adresse werden noch etwa 8 Tage andauern, indessen verbreitet sich im Publikum die Ansicht mehr und mehr, daß eine Auflösung des gesetzgebenden Körpers bevorstehe, da die Haltung nicht den gehesten Erwartungen entspreche.

In der syrischen Frage ist ein Schritt vorwärts geschehen. Gestern hat eine Konferenz stattgefunden, in welcher dem preussischen Vorschlag, der bekanntlich die Verlängerung der französischen Okkupation bis zum Juni ausgedehnt wissen wollte, die meisten Stimmen für sich hatte; man bezeichnet nun die Mitte Juni als den Termin, an welchem die französischen Truppen Syrien verlassen. — Noch eine Veränderung in dem internationalen Recht, welches bekanntlich mehrfache Veränderungen in der letzten Zeit erlitten, muß ich Ihnen melden. Der Kaiser hat nämlich dem Staatsrath Lagueronniere den Auftrag ertheilt, auf das Zirkular des Kardinals Antonelli eine Antwort zu verfassen, die entweder in Briefform in den Zeitungen erscheinen oder als Flugschrift veröffentlicht werden wird. — Die polnischen Angelegenheiten beschäftigen das Publikum noch immer auf das Angelegentlichste. Man spricht von einem Amendement, welches im Corps législatif eingebracht werden wird zu Gunsten der polnischen Frage. Da man sehr wohl weiß, daß der Prinz Napoleon wie allen revolutionären Ideen, so auch der Wiederbelebung der polnischen Nationalität nicht ferne steht, so amüsiert sich das Publikum mit einem Gerücht, welches diesen neuen Königsthron für ihn bestimmt sein laßt. Man darf indessen nicht annehmen, daß dies Gerücht nicht hier und dort auch Glauben fände; der Pariser Badaud glaubt Alles, was ihm mit ernstester und wichtiger Miene erzählt wird. Als Thatsache kann ich Ihnen mittheilen, daß vor wenigen Tagen der Kaiser Napoleon einen Brief an Alexander II. geschrieben, in welchem er ihn zu der Verleihung der von den Polen verlangten Konstitution von 1816 auffordert. (?) In den hiesigen offiziellen Kreisen glaubt man mehr und mehr, daß die russische Regierung nachgeben und einige Reformen verleihe werde, von denen es indessen in Frage steht, ob sie den Ansprüchen der Polen genügen werden. (Nach der gestern telegraphisch mitgetheilten Antwort des Kaisers Alexander auf die Warschauer Adresse könnte dies einigen Zweifeln unterliegen; es ist aber charakteristisch für die napoleonische Politik. D. Red.) Daß man den Aeußerungen der hiesigen Demokraten Glauben schenken würde, in diesem Falle eine gemeinsame Erhebung der Polen, Ungarn und Venetianer zu erwarten sein. Es scheint dies der in der erwähnten Zusammenkunft in London entworfene Plan zu sein und man darf nicht verkennen, daß der von Turr und Klapka am 9. d. den hiesigen Zeitungen zugesandte Brief (s. Zel. in Nr. 59) darauf hindeutet. Die Stimmung hier gestaltet sich immer trüber, und wenn man vor wenigen Monaten dem Publikum zuviel von den Plänen Garibaldi's erzählte und es dadurch in eine gewaltige Furcht vor dem im Frühjahr bevorstehenden Ausbruch des Krieges setzte, so ist jetzt nichts dadurch erreicht, daß man überall von Garibaldi Schweigt und in allen Zeitungen die schönsten Friedenshoffnungen verflücht; gerade der Umstand, daß Garibaldi's Name durchaus nicht mehr erwähnt wird, erfüllt jetzt das Publikum mit Schrecken, welches dahinter neue Listen vermuthet, und nur zu bereit ist, die anscheinende Ruhe mit der Stille vor dem Gewitter zu vergleichen. Auf die Börse und den Handel wirkt diese Sorge nicht bedrückend; vielleicht sind indessen auch die traurigen Erfahrungen, welche durch den Fall Mirès gemacht worden sind, daran schuld, wenn die Börse fast verlassen ist. Die Zahl der in diesem Schwindelgeschäft Kompromittirten wächst von Tag zu Tage; so sagt man, daß auch Mocquard, der Chef des kaiserlichen Kabinetts, darin verwickelt sei, und er in Folge dessen seiner Stellung entbunden sei. Daß in wenigen Tagen eine andre Persönlichkeit auf diesen Posten berufen werden wird, ist Thatsache; indessen sagen die Freunde Mocquards, daß er freiwillig um seine Entlassung eingekommen und dieselbe mit dem Titel Senator erhalten habe.

Paris, 12. März. [Tagesnotizen.] Die von Mirès acceptirten und heute fälligen Tratten der türkischen Regierung sind, nachdem die Caisse des chemins de fer die Zahlung verweigert, von Thonon, Aubry und Komp. honorirt worden. Schritte, welche man zur Uebernahme dieser Zahlung bei dem Comptoir d'Escompte gethan, blieben erfolglos. Die Regierung soll der schroffen Haltung gegenüber, welche die Pforte in der syrischen Angelegenheit gegen sie beobachtet, nicht geneigt sein, derselben sich besonders gefällig zu erzeigen, und das Comptoir d'Escompte war wohl in der Lage, sich darüber zu vergewissern, daß der Regierung die Ueberhandnahme der finanziellen Noth in Konstantinopel keinen Kummer bereitet. — Ernest Baroche, Sohn des Staatsrathspräsidenten, Direktor der auswärtigen Handelsbeziehungen im Ministerium des Handels und des Ackerbaues, tritt eine längere Reise nach Deutschland an, um die Organisation des deutschen

Sammlische, für die Osterfesttage möthigen Waaren...

Vorzügliche süße und herbe Weine, so wie auch Liqueure u. Doppelbranntweine...

Mein Lager befindet sich in Budwig's Hotel. J. A. Auerbach.

offert von 6-25 Sgr. das Quart an Jacob Salz, Gerberstr.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mein Brennholz-Geschäft von Graben Nr. 3 B. im Liede'schen Hause...

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

Zu vermieten eine gut möblirte Wohnung im Hildebrand'schen Garten-Etablissement...

Freitag, letzte Opern-Vorstellung: Jampa, oder Die Wärmehaut.

Ein junger Kaufmann wünscht für einige Stunden täglich in einem Komptoir beschäftigt zu werden.

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

Ein praktischer Landwirth und Müller sucht ein Gut oder eine Wassermühle...

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

5 Thaler Belohnung! Ein Fahrgast mit Gasfächer...

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

Gestern den 14. März ist zwischen 12 und 1 Uhr Mittags auf dem Wege vom Kanonenplatz...

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

Freitag, 22. März, Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs.

Posener Marktbericht vom 15. März. Table with columns for commodity, quantity, and price.

Posener Marktbericht vom 15. März. Table with columns for commodity, quantity, and price.

Posener Marktbericht vom 15. März. Table with columns for commodity, quantity, and price.

Posener Marktbericht vom 15. März. Table with columns for commodity, quantity, and price.

Posener Marktbericht vom 15. März. Table with columns for commodity, quantity, and price.

Posener Marktbericht vom 15. März. Table with columns for commodity, quantity, and price.

Posener Marktbericht vom 15. März. Table with columns for commodity, quantity, and price.

Posener Marktbericht vom 15. März. Table with columns for commodity, quantity, and price.

Posener Marktbericht vom 15. März. Table with columns for commodity, quantity, and price.

Stettin, 14. März. Nachts 3 und etwas Schnee, Mittags klare Luft.

Stettin, 14. März. Nachts 3 und etwas Schnee, Mittags klare Luft.

Stettin, 14. März. Nachts 3 und etwas Schnee, Mittags klare Luft.

Stettin, 14. März. Nachts 3 und etwas Schnee, Mittags klare Luft.

Stettin, 14. März. Nachts 3 und etwas Schnee, Mittags klare Luft.

Stettin, 14. März. Nachts 3 und etwas Schnee, Mittags klare Luft.

Stettin, 14. März. Nachts 3 und etwas Schnee, Mittags klare Luft.

Stettin, 14. März. Nachts 3 und etwas Schnee, Mittags klare Luft.

Stettin, 14. März. Nachts 3 und etwas Schnee, Mittags klare Luft.

Fonds- u. Aktienbörse. Berlin, 14. März 1861.

Table of stock and bond prices for various companies and regions.

Industrie-Aktien.

Table of industrial stock prices for various companies.

Prioritäts-Obligationen.

Table of priority bond prices for various issuers.

Wandbriefe.

Table of bond prices for various issuers.

Gold, Silber und Papiergeld.

Table of gold, silver, and paper money prices.

Breslau, 14. März. Bei geringem Geschäft und wenig veränderten Kursen...

Breslau, 14. März. Bei geringem Geschäft und wenig veränderten Kursen...

Breslau, 14. März. Bei geringem Geschäft und wenig veränderten Kursen...

Breslau, 14. März. Bei geringem Geschäft und wenig veränderten Kursen...

Breslau, 14. März. Bei geringem Geschäft und wenig veränderten Kursen...

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse. Frankfurt a. M., Donnerstag, 14. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min.